

Umweltbewegung zwischen dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und der "ökologischen Wende": ein Literaturbericht

Uekötter, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Uekötter, F. (2003). Umweltbewegung zwischen dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und der "ökologischen Wende": ein Literaturbericht. *Historical Social Research*, 28(1/2), 270-289. <https://doi.org/10.12759/hsr.28.2003.1/2.270-289>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Umweltbewegung zwischen dem Ende
der nationalsozialistischen Herrschaft und der
„ökologischen Wende“: Ein Literaturbericht

*Frank Uekötter**

Abstract: This review essay discusses publications on the history of the German environmental movement between the end of the Second World War and the rise of political ecology. It shows that this field has heretofore played a surprisingly marginal role, with a popular assumption being that the 1950s and 1960s saw environmental ideas at an historic low – an environmentally fateful period which ended only due to the rise of the present environmental movement. The essay shows that doubts about this interpretation have been around for some time, with publications increasing in recent years: more and more, it has become clear that there was an impressive amount of criticism of the ecological consequences of industrial progress during this time period. At the same time, it shows that these doubts have not yet lead to a new synthesis. The essay concludes with a proposal of what a new interpretation of the environmental movement in the 1950s and 1960s might look like.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der deutschen Umweltgeschichte, dass die 1950er und 1960er Jahre bislang weitgehend außerhalb ihres Blicks geblieben

* Dieser Literaturbericht entstand im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Geschichte des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen des Instituts für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen. Mein Dank gilt dem Förderverein Museum zur Geschichte des Naturschutzes in Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen für die finanzielle Förderung des Projekts.

Address all communications to Frank Uekoetter, Department for Humanities and Philosophy, University of Bielefeld, Postfach 10 01 31, D – 33501 Bielefeld. E-mail: frank.uekoetter@web.de.

sind. In einer Forschungsdisziplin, an deren Anfang die Frage nach „den historischen Wurzeln unserer ökologischen Krise“ stand¹, hätte der Blick in die frühe bundesrepublikanische Gesellschaft schon deshalb nahe gelegen, weil sie schließlich unmittelbar vor dem Aufstieg der heutigen ökologischen Bewegung lag. Tatsächlich richtete sich der Blick jedoch entweder auf die unmittelbare Vergangenheit in der impliziten Annahme, dass in der Zeit vor 1970 nichts Beachtenswertes vorgefallen sei, oder weit zurück bis ins 19. Jahrhundert; zur Geschichte der Verschmutzung von Luft und Wasser seien dabei die Arbeiten von Büschenfeld, Brüggemeier, Gilhaus und diejenigen des Autors genannt, zur Geschichte des Naturschutzes jene von Knaut und die im Erscheinen begriffene Habilitation von Friedemann Schmoll.² So blieben die Urteile der Zeitzeugen zunächst weitgehend unangefochten, und diese waren eindeutig negativ: 1987 sprach Wolfgang Erz in einem Beitrag für die *Geographische Rundschau* von einer „Latenz-Phase“ des Naturschutzes zwischen 1940 und 1969, auf die seit 1970 eine „Emanzipations-Phase“ mit „deutlichen Akzentsetzungen im politischen und programmatischen Bereich“ gefolgt sei.³

Schon erstaunlich früh finden sich in der Literatur Hinweise, dass die Situation nicht ganz so einfach war. Allerdings verdichteten sich diese Hinweise zunächst nicht zu wirklichen Zweifeln an dieser Interpretation, vielmehr standen sie relativ unvermittelt neben konventionellen Bewertungen à la Erz. In seiner frühen und noch immer lesenswerten Monographie über *Umweltpolitik in Deutschland* wies Klaus-Georg Wey darauf hin, dass zwar die 1950er Jahre überwiegend vom „Anknüpfen an alte Traditionen“ geprägt waren, aber zugleich „vier neue Momente“ festzustellen seien; unter anderem war in dieser Zeit „ein größerer Mitteleinsatz für Forschungsbereiche, die für den Umweltschutz von hoher Bedeutung waren“, zu konstatieren.⁴ Darauf baute man in der zweiten Phase auf, die nach Wey mit dem Bundestagswahlkampf 1961 und der darin von der SPD erhobenen Forderung nach dem „blauen Himmel über der Ruhr“ begann. Bemerkenswert ist, dass Wey für die 1960er Jahre nicht nur

¹ So der Titel des berühmten Aufsatzes von Lynn White, *The Historical Roots of Our Ecological Crisis*, in: *Science* 155 (1967), S. 1203-1207.

² Vgl. Büschenfeld, Jürgen, *Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870-1918)*, Stuttgart 1997; Brüggemeier, Franz-Josef, *Das unendliche Meer der Lüfte. Luftverschmutzung, Industrialisierung und Risikodebatten im 19. Jahrhundert*, Essen 1996; Gilhaus, Ulrike, „Schmerzenskinder der Industrie“. *Umweltverschmutzung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter in Westfalen 1845-1914*, Paderborn 1995; Frank Uekötter, *Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880-1970* (im Erscheinen); Andreas Knaut, *Zurück zur Natur! Die Wurzeln der Ökologiebewegung* (Supplement 1 [1993] zum Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege), Greven 1993; Friedemann Schmoll, *Erinnerung an die Natur. Studien zur Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich*, Habil. Universität Tübingen 2001.

³ Wolfgang Erz, *Naturschutz im Wandel der Zeit. Eine Bewertung*, in: *Geographische Rundschau* 39 (1987), S. 307-315; S. 308.

⁴ Klaus-Georg Wey, *Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900*, Opladen 1982, S. 153.

vermehrte Reforminitiativen und einen Ausbau der Kontrollbürokratien, sondern auch einen Mentalitätswandel konstatiert: „Allmählich begann sich eine ganzheitliche Betrachtungsweise und Handlungsorientierung durchzusetzen“.⁵ In gewisser Spannung dazu steht allerdings Weys These einer Zäsur im Jahre 1970: „Die Koalitionsbildung markiert umweltpolitisch den entscheidenden Wendepunkt.“⁶ Die nahe liegende Frage, inwiefern überhaupt von einer scharfen Wende geredet werden kann, wenn es schon vorher deutliche Signale in dieser Richtung gegeben hat, hat Wey jedoch nicht gestellt.

Ähnliche Ambivalenzen prägen auch einen Aufsatz von Udo Margedant, der 1987 in der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* erschien. Auf den ersten Blick bestätigt der Beitrag das konventionelle Bild eines radikalen Umschwungs in den frühen 1970er Jahren. Die 1950er und 1960er Jahre werden vorzugsweise unter dem Blickwinkel des „Noch-Nicht-Umweltbewegung-Seins“ betrachtet: „Trotz der hohen Schadstoffkonzentration in der Luft war das Problembewußtsein in der Öffentlichkeit kaum ausgeprägt. Die Bürger im Rhein-Main-Gebiet, im Saarland, dem Ruhrgebiet und den Industrieregionen Baden-Württembergs maßen ökologischen Problemen keine vorrangige Bedeutung zu“, heißt es da etwa.⁷ Aber wer genau liest, erkennt, dass das Interpretationsraster nicht so recht passen wollte. Erwähnt wird etwa Bernhard Grzimek, der im Oktober 1970 in der ARD die 100. Sendung „Ein Platz für Tiere“ präsentierte. „Die hohe Sehbeteiligung von 78-80 % und die sehr hohe positive Benotung der Fernsehsendungen lassen den Schluß zu, daß die regelmäßigen Hinweise auf die Bedrohung von Tier und Mensch mit dazu beigetragen haben, daß in breiten Bevölkerungsschichten das Interesse an Umweltfragen geweckt wurde“, schreibt Margedant, ohne jedoch diesen Punkt weiter zu verfolgen.⁸ Zudem zeigt sich, dass die These einer radikalen Zäsur nicht immer auf zuverlässigen Indizien beruhte. So verweist Margedant etwa auf zwei Umfragen vom September 1970 und November 1971, welche zeigten, dass der Anteil der Befragten, die noch nichts über Umweltschutz gehört hatten, binnen eines guten Jahres von 59 % auf 8 % sank.⁹ Dabei wird übersehen, dass der Begriff „Umweltschutz“ in seiner umfassenden Bedeutung gerade erst geprägt worden war und die Angaben sich daher wohl nicht auf die Bekanntheit eines Phänomens, sondern die Bekanntheit eines Begriffs bezogen. In Anbetracht neuerer Forschungen darf als gesichert gelten, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung um 1970 wusste, dass Natur geschützt und Abgase durch Filteranlagen gereinigt werden sollten – nur wurde all dies noch nicht unter dem Stichwort „Umweltschutz“ subsumiert.

⁵ Ebd., S. 154.

⁶ Ebd.

⁷ Udo Margedant, Entwicklung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29 (1987), S. 15-28; S. 17.

⁸ Ebd., S. 20.

⁹ Ebd., S. 21.

Zunächst jedoch dominierte noch der erwähnte Tenor. Rolf Peter Sieferle zieht in seiner 1984 erschienen Geschichte der Technikkritik für die Nachkriegsjahre eine magere Bilanz. „Die zivilisationskritischen Anläufe, die es in den frühen Jahren des Wirtschaftswunders durchaus gab, blieben merkwürdig matt und unbestimmt“, heißt es dort.¹⁰ Zwar habe es durchaus eine technikkritische Literatur gegeben, aber diese sei in der historischen Gesamtschau eher ein Nachklapp gewesen, ein fernes kulturpessimistisches Echo, das in früheren Zeiten noch Zulauf gehabt hatte, nun aber deutlich den Stempel des nicht mehr Zeitgemäßen trug. „Die Industriegesellschaft schien eine hermetische Geschlossenheit aufzuweisen, angesichts derer jede Opposition nur aus dem Abseits kommen konnte. Es gab jene Kritiker durchaus, doch bildeten sie nicht den Kristallisationskern für eine neue Bewegung“, schreibt Sieferle.¹¹ Entscheidend für die Delegitimierung der Kritiker war nach Sieferle die NS-Erfahrung: Die Affinität zwischen konservativer Zivilisationskritik und Nationalsozialismus hatte unausweichlich zur Folge, „daß jede Kritik an Industrie und Technik, die den älteren Topoi der Heimat-Utopie folgte, automatisch unter den Verdacht einer mangelhaften Bewältigung der Vergangenheit geriet.“¹² Mit dem Ende der NS-Herrschaft habe geradezu Tabula rasa geherrscht: „Die konservative Utopie, die Agrarromantik, die Rede von Heimat und Volkstum, von Nation, Ehre und Innerlichkeit – das alles waren nach dem Ende des Dritten Reiches keine Positionen mehr, von denen aus eine Kritik am Industriesystem hätte artikuliert werden können.“¹³ Diese Argumentationslinie wurde auch von anderen Autoren favorisiert, obwohl man selten eine ausführliche Erläuterung und Begründung findet. Der NS-Ideologie „hatte die Begriffe Heimat und Natur so weitgehend diffamiert, daß es kaum möglich war, in der politischen Diskussion auf sie zurückzugreifen“, schrieb Arne Andersen Ende der 80er Jahre in einem Überblicksartikel; außerdem trugen „die massiven Zerstörungen während des Krieges neben der politischen Apathie dazu bei, daß die Kombination von Fortschritt, Wachstum und Technik in vorher nicht gekanntem Maße zum Leitbild und Fundament der Gesellschaft wurde.“¹⁴ Auch Ulrich Linse vertritt in seinem Buch *Ökopax und Anarchie* die These, der Nationalsozialismus habe „das Ende des romantisch-konservierenden Naturschutzes“ gebracht.¹⁵ Ernst Hoplitschek vertritt in seiner Dissertation über den Bund Naturschutz in Bayern sogar die These, der Naturschutz habe sich von der

¹⁰ Rolf Peter Sieferle, *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*, München 1984, S. 228.

¹¹ Ebd., S. 234.

¹² Ebd., S. 227.

¹³ Ebd.

¹⁴ Arne Andersen, Heimatschutz. Die bürgerliche Naturschutzbewegung, in: Franz-Josef Brüggemeier, Thomas Rommelspacher (Hg.), *Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert*, 2. Aufl. München 1989, S. 143-157; S. 156f.

¹⁵ Ulrich Linse, *Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland*, München 1986, S. 38.

Integration in den NS-Staat „eigentlich nie mehr richtig erholen“ können.¹⁶ In jüngster Zeit wird das Argument u.a. von Stefan Körner vertreten.¹⁷

Weitgehend unbeachtet blieb bei dieser Sichtweise, dass Jost Hermand in seinem Buch über *Grüne Utopien in Deutschland* eine ganz andere Konsequenz der NS-Herrschaft in den Mittelpunkt stellte. Hermand weist darauf hin, dass betont technikoptimistische Bücher wie *Die Zukunft des Abendlandes* von Louis Emrich und *Grenzenloser Utopismus oder Utopologie* von Arnold Hahn zunächst kaum Leser fanden. Vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Not, der Verbrechen von Auschwitz und den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki hatte – so Hermand – „ein liberaler Fortschrittsoptimismus oder gar Technikkult keine Chance.“¹⁸ Zwar konstatiert auch Hermand, dass kritische Stimmen im Laufe der 50er Jahre parallel zum so genannten Wirtschaftswunder immer leiser wurden. Die „Grüne Charta von der Mainau“ erscheint bei Hermand geradezu als Mahnung in der Wüste, die kaum Beachtung fand „inmitten des allgemeinen Raubbaus und Expansionswahns“.¹⁹ Nur habe in der Nachkriegszeit zunächst ein anderer Tonfall dominiert: „Bis zur Mitte der fünfziger Jahre herrschte hier eine niedergedrückte Stimmung, die sich unter Intellektuellen immer wieder in vehementen Affekten gegen jede Technikbegeisterung entlud, deren mörderische Konsequenzen sie im Zweiten Weltkrieg nur zu deutlich am eigenen Leibe erfahren hatten.“²⁰

Insgesamt zeigte sich so Anfang der 1990er ein erstaunlich facettenreiches Bild. Zwar gab es auf der einen Seite eine vorherrschende Meinung, dass sich um 1970 ein fundamentaler Wandel auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes vollzog. Andererseits gab es eine Reihe von Indizien, die so gar nicht in dieses Raster passen wollten oder zumindest als Forderung nach einer differenzierteren Sichtweise interpretiert werden konnten. Zusätzliche Nahrung erhielten diese Zweifel Anfang der 1990er Jahre durch zwei weitere Monographien.

¹⁶ Ernst Hopflitschek, *Der Bund Naturschutz in Bayern. Traditioneller Naturschutzverband oder Teil der neuen sozialen Bewegungen?*, Berlin 1984, S. 55.

¹⁷ Vgl. etwa den Beitrag von Körner in Joachim Radkau, Frank Uekötter (Hg.), *Naturschutz und Nationalsozialismus*, Frankfurt 2003 (im Erscheinen). Zur Kritik vgl. den Beitrag von Jens Ivo Engels ebd. Da dieser Band auch einen ausführlichen Literaturbericht zum Thema Naturschutz und Nationalsozialismus enthält, wird auf eine weitere Diskussion dieses Themenfeldes an dieser Stelle verzichtet.

¹⁸ Jost Hermand, *Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewusstseins*, Frankfurt/M. 1991, S. 118.

¹⁹ Ebd., S. 129.

²⁰ Ebd., S. 118.

Stille Zweifel: Die Arbeiten Raymond Dominicks und Karsten Runges

Die Bücher Raymond Dominicks und Karsten Runges haben in der umwelthistorischen Debatte bislang nur am Rande Beachtung gefunden. Die Besprechung von Dominicks *The Environmental Movement in Germany – Prophets and Pioneers, 1871-1971* von Michael Wettengel in der *Historischen Zeitschrift* ist wohl das, was man gemeinhin einen Verriss nennt: Wettengel stellt „die Frage, ob die Relationen stimmen und die Grundkonzeption dem Forschungsgegenstand angemessen ist“, außerdem moniert er, dass die Studie „insgesamt quellenmäßig auf schmaler Basis steht“.²¹ Tatsächlich fällt es nicht unbedingt schwer, Schwächen in Dominicks Arbeit zu erkennen: Es fehlt an einer klaren These, die die Befunde bündeln würde, Dominick redet undifferenziert von „den“ Umweltschützern, obwohl gerade in dieser Zeit die Fragmentierung der Bestrebungen zu betonen wäre, und die Wahl seiner Themen wird nirgends begründet und erscheint so zwangsläufig ein wenig willkürlich. Das sollte jedoch nicht über die zum Teil bemerkenswerten Funde hinwegtäuschen, die gerade sein Kapitel über die Zeit zwischen 1945 und 1971 enthält. So schildert Dominick etwa die lebhaften Auseinandersetzungen zwischen bayerischen Naturschützern und dem Energieversorger BAWAG um den Bau hydroelektrischer Anlagen. Schon um 1950 verhinderte öffentlicher Protest die Vernichtung der Partnachklamm in der Nähe von Garmisch-Partenkirchen. Im Kampf um die Pupplinger Au, ein Gebiet an der Isar südlich von München, engagierten sich der Bund Naturschutz in Bayern, der Isartalverein, der Deutsche Naturschutzring, der Alpenverein sowie mehrere botanische Institute. In den Bestrebungen, ein Wasserbauprojekt am Lech zu verhindern, warf der bayerische Naturschutzbeauftragte Otto Kraus der BAWAG schon Ende der 1950er Jahre „texanische Methoden“ vor, die im bayerischen Heimatland nicht zu akzeptieren seien.²² Schon für die frühe Nachkriegszeit identifiziert Dominick eine Gruppe von „new environmentalists“, die im Unterschied zum Rest des Naturschutzestablishments auf Massendemonstrationen und Konfrontation setzten und auch vor apokalyptischen Warnungen nicht zurückschreckten.²³ 1960 fand der Protest gegen die Verlängerung der Landebahn des Düsseldorfer Flughafens nicht weniger als 6000 Unterstützer.²⁴ Und auch die Ergebnisse einer systematischen Zeitungsstudie ist bemerkenswert: Für die *FAZ* konstatiert Dominick einen relativen Höhepunkt der Berichterstattung in den späten 1950er Jahren, hinter den man in den 60er Jahren zurückfiel.²⁵ All dies hätte

²¹ *Historische Zeitschrift* 259 (1994), S. 862f.

²² Raymond H. Dominick III, *The Environmental Movement in Germany. Prophets and Pioneers 1871-1971*, Bloomington und Indianapolis 1992, S. 127-130.

²³ Ebd., S. 148.

²⁴ Ebd., S. 173.

²⁵ Ebd., S. 185.

Gegenstand einer lohnenden Debatte werden können, wurde jedoch nicht zuletzt aufgrund der konzeptionellen Mängel der Dominick'schen Studie weitgehend ignoriert.

Noch weniger Beachtung fand die Dissertation Karsten Runge, die 1990 erstmals unter dem Titel *Die Entwicklung der Landschaftsplanung in ihrer Konstitutionsphase 1935-1973* erschien und in überarbeiteter Fassung 1988 mit dem Titel *Entwicklungstendenzen der Landschaftsplanung* neu aufgelegt wurde.²⁶ Zwar stört die teilweise etwas ungelene Sprache und ein gewisses Missverhältnis zwischen Quellenwiedergabe und Interpretation; aber dies darf doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Runge die bis heute beste und umfassendste Darstellung der konzeptionellen Entwicklung des Natur- und Landschaftsschutzes in den Nachkriegsjahrzehnten vorgelegt hat. Die Arbeit stützt sich vor allem auf die zeitgenössische Fachliteratur und zeichnet auf dieser Grundlage eine erstaunlich frühe Etablierung der Landschaftsplanung. Es ergibt sich der Eindruck, dass konzeptionell in den frühen 1960er Jahren im Grunde schon alles klar war; seit Mitte der 1960er Jahre ging es nur noch um die „instrumentelle Verfeinerung“ in der Planung.²⁷ Zudem liefert Runge eine Darstellung der programmatischen Debatten innerhalb der Naturschutzszene, die zeigt, dass es dort schon Ende der 1950er Jahre gäbe; der Deutsche Naturschutztag 1959 war in dieser Beziehung ein Schlüsselereignis. Die Darstellung der konzeptionellen Debatte des Natur- und Landschaftsschutzes in diesem Zeitraum ist ohne erkennbare Lücken, und man bedauert lediglich, dass das Buch kein Register enthält; allerdings konzentriert sich das Buch auf die Vorgänge in der Bundesrepublik, die Darstellung der Entwicklung in der DDR, die Runge erst nachträglich für die zweite Auflage eingefügt hat, bleibt schemenhaft. Die Frage nach der Praxis des Natur- und Landschaftsschutzes und der Umsetzung der konzeptionellen Innovationen wird von Runge jedoch nur gestreift; hier werden künftige Arbeiten anzusetzen haben.

So gab es Anfang der 1990er Jahre durchaus einigen Anlass, die 1950er und 1960er Jahre nicht länger als eine Art „schwarzes Zeitalter“ zu verbuchen. Gewiss gab es zugleich keinen Grund, einen Wandel in den frühen 1970er Jahren prinzipiell in Frage zu stellen. Das zeigt schon ein Blick in Michael Kloepfers Monographie *Zur Geschichte des deutschen Umweltrechts*: Während Kloepfer für die Darstellung der Rechtsentwicklung zwischen 1945 und 1969 nur 15 Seiten benötigt, wird die Entwicklung des Umweltrechts seit 1969/70

²⁶ Karsten Runge, *Entwicklungstendenzen der Landschaftsplanung. Vom frühen Naturschutz bis zur ökologisch nachhaltigen Flächennutzung*, Berlin u. a. 1998. Eine wichtige neuere Ergänzung zu Runge ist Stefan Körner, *Theorie und Methodologie der Landschaftsplanung, Landschaftsarchitektur und Sozialwissenschaftlichen Freiraumplanung vom Nationalsozialismus bis zur Gegenwart (Landschaftsentwicklung und Umweltforschung. Schriftenreihe der Fakultät Architektur Umwelt Gesellschaft der TU Berlin Nr. 118)*, Berlin 2001; es empfiehlt sich, beide Arbeiten parallel zu lesen.

²⁷ Runge, *Entwicklungstendenzen*, S. 3.

auf vollen 50 Seiten dargelegt.²⁸ Nur erschien es spätestens seit Anfang der 1990er Jahre geboten, Art und Umfang dieses Wandlungsprozesses genauer unter die Lupe zu nehmen; eine Zeit des Erwachens nach jahrzehntelanger Untätigkeit oder Ahnungslosigkeit waren die 1970er Jahre offenkundig nicht. Umso erstaunlicher ist es im Rückblick, dass solche Fragen zunächst in den Hintergrund rückten und etwas anderes ins Zentrum des umwelthistorischen Interesses rückte: der Aufstieg des Massenkonsums und seine ökologischen Folgen.

Das „1950er Syndrom“

Wenn es einen Preis gäbe für den am unglücklichsten gewählten Begriff der umwelthistorischen Forschung, dann wäre das „1950er Syndrom“ ein heißer Kandidat. Die Nennung eines Jahrzehnts im Titel lenkt davon ab, dass es sich in Wirklichkeit um eine These über die gesamte Nachkriegszeit handelt. Der Begriff „Syndrom“ bezeichnet im medizinischen Sprachgebrauch ein Bündel von Symptomen mit bislang unbekannter Ursache, was in analytischer Beziehung nicht unbedingt optimal ist, und über die Frage, ob man gesellschaftliche Prozesse pathologisieren soll, lassen sich (zumal in Deutschland) lange und nicht zwangsläufig produktive Debatten führen. All dies sollte jedoch nicht davon ablenken, dass das „1950er Syndrom“ ein anregendes und forschungsstrategisch wichtiges Forschungsparadigma dargestellt hat. Angelegt war es schon in Joachim Radkau *Technik in Deutschland*, in der der Bielefelder Historiker bemerkte: „In den fünfziger Jahren wurde die Dynamik der Konsumbedürfnisse zu einer Triebkraft der industriellen Entwicklung wie noch nie in der Geschichte.“²⁹ Seine deutlichste Ausprägung fand das Theorem des „1950er Syndroms“ jedoch in den Veröffentlichungen von Christian Pfister und Arne Andersen.

Der Band des Schweizer Umwelthistorikers Christian Pfister über *Das 1950er Syndrom* erschien 1995 als eine Publikation der Akademischen Kommission der Universität Bern. Es entstand aus einem Forschungs- und Veranstaltungsprojekt an dieser Universität; in ihrem Vorwort formulieren der Projektleiter Pfister sowie der Präsident der Akademischen Kommission Ewald Weibel die Hoffnung, dass die Beiträge des Bandes „zur Einleitung eines Kurswechsels in der Energie- und Umweltpolitik beitragen werden.“³⁰ Die politischen Implikationen des Theorems unterstreicht noch zusätzlich ein zweites Vorwort des Schweizer Bundesrats Adolf Ogi mit dem programmatischen

²⁸ Michael Kloepfer, *Zur Geschichte des deutschen Umweltrechts*, Berlin 1994.

²⁹ Joachim Radkau, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1989, S. 318.

³⁰ Ewald R. Weibel, Christian Pfister, Vorwort und Einführung, in: Christian Pfister (Hg.), *Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Bern u.a. 1995, S. 13-15; S. 14.

Titel „Genügend Fakten liegen auf dem Tisch – jetzt muss gehandelt werden“.³¹ Das Themenspektrum der insgesamt 25 Beiträge lässt wenig zu wünschen übrig: Von der internationalen Erdölwirtschaft bis zur Wirtschaftsgeschichte der Schweiz, vom Treibstoffzoll bis zum Luftverkehr, vom Abfall bis zur Technisierung der Haushalte und den Auswirkungen des „1950er Syndroms“ auf den Alltag der Kinder reicht die Palette. Zentraler Bezugspunkt ist dabei der Faktor Energie: „Der historische Rückblick hat ergeben, dass der langfristige relative Preisverfall für fossile Energieträger seit den späten fünfziger Jahren als die gewichtigste Ursache für den verschwenderischen Umgang mit Rohstoffen und Energie und die daraus erwachsenden übermässigen Belastungen der Umwelt betrachtet werden muss.“³²

Diese Verengung auf den Energieaspekt und speziell auf das billige Erdöl hat Pfister schon früh einige Kritik eingetragen. Werner Abelshäuser wies in seiner Rezension darauf hin, dass mehrere Autoren des Bandes einräumen, „daß sich bei aller Korrelation zwischen relativem Preisverfall und Konsumwohlstand, die seit den 1950er Jahren zu beobachten ist, die Annahme eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen beiden Entwicklungen gleichwohl nicht vertreten läßt.“³³ Auch für Radkau war es „aus prinzipiellen Gründen [...] unbefriedigend, sich einen neuen Energieträger als erste Ursache vorzustellen. Das billige Öl floß ja nicht von selbst“.³⁴ Zudem äußert Radkau Zweifel, ob sich die Konsummuster in den 50er Jahren tatsächlich so radikal wandelten; einiges deutet auf einen eher langfristigen, schleichenden Wandel hin. Im übrigen meint Radkau, die Fixierung auf das „1950er Syndrom“ könne „von umweltbelastenden Neuentwicklungen in *noch* jüngerer Zeit ablenken: Man denke allein an den Massentourismus in der Luftfahrt!“³⁵

Es war wohl auch eine Reaktion auf solche kritischen Einwände, die Arne Andersen dazu veranlassten, seine Veröffentlichungen zum Thema breiter anzulegen. Bei Andersen bezeichnet das „50er-Jahre-Syndrom“ „das Projekt der materiell-individualisierten Lebensweise, die Konsumgesellschaft, und deren Folgen“.³⁶ So behandelt Andersen den Wandel der Konsum- und Lebensmuster in seiner ganzen Breite: von der Technisierung des Haushalts bis zum „Häuschen im Grünen“, von der Motorisierung bis zu den Fernreisen. An Detailfülle lässt das Buch wenig zu wünschen übrig, aber vieles wird dabei allzu schematisch abgehandelt; stets ist die Rede von „der Öffentlichkeit“ oder „den Zeitgenossen“, ohne dass dieser fiktive „Durchschnittsdeutsche“ einer

³¹ Adolf Ogi, Vorwort, in: ebd., S. 17-19.

³² Christian Pfister u.a., „Das 1950er Syndrom“: Zusammenfassung und Synthese, in: ebd., S. 21-47; S. 46.

³³ Archiv für Sozialgeschichte 38 (1998), S. 823.

³⁴ Joachim Radkau, Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000, S. 286.

³⁵ Ebd., S. 287.

³⁶ Arne Andersen, Das 50er-Jahre-Syndrom – Umweltfragen in der Demokratisierung des Technikkonsums, in: Technikgeschichte 65 (1998), S. 329-344; S. 340.

näheren Betrachtung unterzogen würde. Insgesamt kommt Andersen damit einer akteursfreien Geschichtsschreibung bedenklich nahe: Der „Konsumismus“ erscheint als eine unaufhaltsame, blinde Jagd einer amorphen Menschenmasse nach einem Traum, der für Andersen ein einziger großer Irrtum ist. Differenzierungen beschränken sich auf Bemerkungen der Sorte, die Veränderung der Lebensgewohnheiten sei „keineswegs gleichmäßig, sondern in Sprüngen und Wellen“ verlaufen.³⁷

Ausdrücklich will Andersen auf diesem Wege auch „Veränderungen der Mentalitäten“ in der Bundesrepublik erklären.³⁸ Aber als Weg zu einer Mentalitätsgeschichte ist das „1950er Syndrom“ wohl eindeutig überfordert: Zwar stellt Konsum zweifellos einen wichtigen *Teil* des gesellschaftlichen Normen- und Wertesystems der Bundesrepublik dar, aber wohl kaum deren Essenz. „Unsere Gesellschaft definiert sich über den uneingeschränkten Konsum“, schreibt Andersen apodiktisch – eine These, die zumindest einer näheren Begründung bedürft hätte.³⁹ Alle Wertvorstellungen, die sich nicht in eine direkte Beziehung zum gesellschaftlichen Warenkonsum stellen lassen, werden von Andersen kurzerhand ignoriert. Und so ergibt sich das merkwürdige Bild einer umwelthistorischen Monographie über die Bundesrepublik, in der der Aufstieg der Umweltbewegung praktisch nicht vorkommt; nur die Kernenergiekontroverse wird von Andersen gelegentlich gestreift. Zwar weist Andersen immer wieder mahnend auf die fatalen ökologischen Konsequenzen des bundesrepublikanischen Konsumismus hin – aber dass dies nicht nur seine private Kritik ist, sondern zu weiten Teilen auch jene der Zeitgenossen (oder zumindest eines Teils derselben), erfährt der Leser nicht. Und damit wird deutlich, wie sehr das „1950er Syndrom“ bei allen sonstigen Meriten die Erforschung der Entstehung der heutigen Umweltbewegung erschwert hat: Ökologische Kritik droht im Lichte des „1950er Syndroms“ lediglich als belangloses Störgeräusch bei der Durchsetzung des Massenkonsums zu erscheinen.

Manchmal kann man sich im übrigen auch des Eindrucks nicht erwehren, dass die Zeit vor 1945 im Lichte des „1950er Syndroms“ zu gut weggekommen ist. „Bis in die fünfziger Jahre bewegten sich Wirtschafts- und Lebensweise in Westeuropa auf einem Entwicklungspfad, der [...] zumindest in mittelfristiger Perspektive keine bedrohlichen Züge trug“, schreibt Pfister – Joachim Radkau konnte sich da den süffisanten Hinweis nicht verkneifen, dies sei „ein Eindruck, zu dem man aus schweizerischer Perspektive gewiß leichter gelangt als aus deutscher“.⁴⁰ Andersen vertrat sogar die These, dass die Bedeutung der 1950er Jahre als Epochenschwelle für die Mensch-Natur-Beziehung „größer ist

³⁷ Arne Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt/M. und New York 1997, S. 21.

³⁸ Ebd., S. 7.

³⁹ Ebd., S. 6.

⁴⁰ Radkau, *Natur und Macht*, S. 286.

als die der industriellen Revolution.“⁴¹ Dennoch handelt es sich um einen beeindruckenden und anregenden Ansatz für eine Analyse des Wandel gesellschaftlicher Konsummuster und Stoffströme, der erst dann an seine Grenzen gerät, wenn man aus den Konsummustern vorschnell auf dahinter stehende Wertorientierungen schließt. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass mit diesem Projekt auch ein Brückenschlag zwischen Historiographie und Politik gelang, der nicht nur aufgrund seiner Seltenheit Sympathie verdient. Auch Abelshausen sprach in seiner Rezension von einem „mutigen Schritt aus dem Elfenbeinturm wissenschaftlicher Analyse in die politische Arena“.⁴²

Die Forschungsentwicklung in der jüngsten Vergangenheit: Wachsendes Interesse und Verlust des Paradigmas

In dem halben Jahrzehnt seit Andersens *Der Traum vom guten Leben* sind m.W. keine weiteren Veröffentlichungen erschienen, die das Theorem des „1950er Syndroms“ weitergeführt hätten. Zwar gibt es andererseits auch keine Revision der Kernthese, zumal diese durch die erwähnte Detailfülle bestens abgesichert erscheint; aber es ergibt sich doch der Eindruck, dass das analytische Potential durch die Veröffentlichungen Pfisters und Andersens ausgereizt ist. Vor allem die Tatsache, dass es offenkundig schwer fällt, vom „1950er Syndrom“ eine Brücke zum Aufstieg der Umweltbewegung zu schlagen – zwar schließt sich beides nicht aus, aber die jeweiligen Perspektiven sind doch insgesamt gesehen sehr unterschiedlich –, dürfte zum nachlassenden Interesse beigetragen haben; denn gerade letzteres ist in jüngster Zeit verstärkt in den Blick genommen worden. Zugleich ist dabei jedoch auch der Verlust einer Leitthese zu konstatieren, die ähnlich wie das „1950er Syndrom“ die Vielzahl der Befunde bündeln würde. Die folgende Darstellung einiger der wichtigeren Arbeiten besitzt deshalb notgedrungen einen etwas enumerativen Charakter. Im Schlusswort wird der Berichterstatter den Versuch einer Synthese formulieren.

Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel ist der Titel eines Sammelbands, der die Ergebnisse einer entsprechenden Konferenz des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte vom Februar 1994 vereinigte.⁴³ In den Beiträgen zum Heimat- und Naturschutz in der Nachkriegszeit war jedoch eher das *Fehlen* eines Wandels zu konstatieren, jedenfalls sofern sich dieser mit politischen Zäsuren verband. Der Beitrag Susanne Falks zum Sauerländischen Gebirgsverein betont eine Kontinuität der Vereinsarbeit, für die die Jahre 1933 und 1945 keinen Einschnitt bedeuteten; der 1933 von den Nazis eingesetzte

⁴¹ Andersen, *Traum*, S. 7.

⁴² *Archiv für Sozialgeschichte* 38 (1998), S. 823.

⁴³ Matthias Frese, Michael Prinz (Hg.), *Politische Zäsuren und Gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven*, Paderborn 1996.

„Vereinsführer“ wurde 1954 von der Hauptversammlung wiederum zum Vorsitzenden gewählt.⁴⁴ Erst für die Zeit um 1960 war ein Aufbrechen der Vorstellungen der Vorkriegszeit festzustellen.⁴⁵ Auch Willi Oberkrome behandelt in seinen Ausführungen über den Heimatschutz in Lippe die Zeit zwischen 1930 und 1960 als geschlossene Epoche.⁴⁶ Karl Ditt sieht zwar in der Mitte der 1950er Jahre einen „ersten Neuanfang in der Diskussion über den Naturschutz und die Landschaftspflege“ durch die Forderung des Vorsitzenden des Vereins Naturschutzpark Alfred C. Töpfer, etwa 30 Naturparks als „Oasen der Stille“ einzurichten, dem mit der „Grünen Charta von der Mainau“ 1961 ein zweiter Ansatzpunkt gefolgt war; aber zugleich konstatiert Ditt erst für das Ende der 1960er Jahre eine Reformdebatte „auf breiter Front“.⁴⁷ Anscheinend dominierten bis zu diesem Zeitpunkt im Naturschutz die Kräfte der Beharrung.

Den Eindruck einer gewissen Rückwärtsgewandtheit des organisierten Naturschutzes unterstreicht auch ein Kapitel aus Thomas Zellers *Straße, Bahn, Panorama*. Zwar ist dieses Buch in seiner Gesamtheit nicht von Relevanz in einem Literaturbericht, der der Leitfrage nach der *Umweltbewegung* im Nachkriegsdeutschland verpflichtet ist; Zellers Thema ist die Geschichte der Verkehrswege und der Landschaftsveränderung in Deutschland zwischen 1930 und 1990. Im hiesigen Kontext von Interesse ist jedoch die Auswertung von 101 privaten Briefen an das Bundesverkehrsministerium zur Bepflanzung von Straßen von 1953 bis 1969. Nachdem anfänglich die Befürworter von Büschen und niedrigen Bäumen entlang der Straßen überwogen, kippte die Stimmung schließlich zuungunsten der Straßenbäume.⁴⁸ In auffallendem Kontrast zu dieser Entwicklung stand jedoch eine Resolution des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ von 1968, die auf dem Kongress der deutschen Naturfreunde einstimmig angenommen worden war und die Sicherung des Waldbestands an Straßen sowie die Anpflanzung neuer Straßenbäume forderte. Zellers Bewertung: „Damit schlossen sich die Naturfreunde der Rhetorik der Naturschutzbewegung an, die im Kampf um die Straßenbäume eine bewahrende Haltung einnahm.“⁴⁹ Neu war lediglich, dass der vormals bürgerlich besetzte Topos der Freude am Fahren durch baumbesäumte Straßen nun von einem Verband der Arbeiterbewegung vertreten wurde. Im Zuge der Massenmotorisierung gehörten nun eben auch die Arbeiter zur automobilen Bevölkerung.

⁴⁴ Susanne Falk, „Eine Notwendigkeit, uns innerlich umzustellen, liege nicht vor“. Kontinuität und Diskontinuität in der Auseinandersetzung des Sauerländischen Gebirgsvereins mit Heimat und Moderne 1918-1960, in: Frese, Prinz, Politische Zäsuren, S. 401-417; S. 414.

⁴⁵ Ebd., S. 417.

⁴⁶ Willi Oberkrome, Heimatschutz und Naturschutz in Lippe und Thüringen 1930-1960. Strukturen und Entwicklungen, in: Frese, Prinz, Politische Zäsuren, S. 419-438.

⁴⁷ Karl Ditt, Naturschutz zwischen Zivilisationskritik, Tourismusförderung und Umweltschutz. USA, England und Deutschland 1860-1970, in: Frese, Prinz, Politische Zäsuren, S. 499-533; S. 525f.

⁴⁸ Thomas Zeller, *Straße, Bahn, Panorama*. Verkehrswege und Landschaftsveränderung in Deutschland von 1930 bis 1990, Frankfurt/M. und New York 2002, S. 282f.

⁴⁹ Ebd., S. 279.

Der Berliner Umweltjurist Michael Kloepfer bot in einem Beitrag, der ursprünglich im September 1994 auf einer Konferenz im badischen Ladenburg vorgestellt wurde, einen aufschlussreichen Einblick in die Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Umweltpolitik. Die entsprechenden Initiativen des Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher werden dabei als Instrument der parteipolitischen Profilierung gesehen in einem zeitgenössischen Kontext, in dem Brandts Ostpolitik die öffentliche Aufmerksamkeit für sich zu reklamieren drohte.⁵⁰ Das wachsende Umweltbewusstsein wird dabei jedoch nicht nur als Voraussetzung und Begleiterscheinung der Genscher'schen Umweltpolitik, sondern auch als deren Folge: „Die Bewußtseinsveränderung als erklärtes Ziel der Regierungspolitik stellte sich als ‚Lenkung von oben‘ dar“, schreibt Kloepfer unter Verweis auf Äußerungen des Staatssekretärs Günter Hartkopf.⁵¹ „Selbst bei dem als Dachverband vieler Einzelgruppen im Juni 1972 gegründeten Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) scheint der Staat nicht unerhebliche – auch finanzielle – Geburtshilfe geleistet zu haben“, meint Kloepfer, leider ohne überprüfbaren Beleg.⁵² Süffisant stellt Kloepfer daher die Frage, „ob es der Bundesregierung mit dem BBU gleichsam einem Zauberschülerling mißlungen sei, die Geister, die sie mit der Thematisierung des Umweltschutzes rief, wieder los (oder wenigstens ihrer Herr) zu werden.“⁵³

Zur sozialliberalen Umweltpolitik gibt es schon seit den 80er Jahren das Buch *Innenwelt der Umweltpolitik* von Edda Müller.⁵⁴ Sie unterscheidet dabei zwischen drei Phasen: Die Jahre 1969-74 markieren die „Phase offensiver ‚autonomer‘ Umweltpolitik“, auf die 1974-78 eine Zeit „defensiver Umweltpolitik“ folgte, die von starken Konflikten mit der Wirtschaft geprägt waren, die wiederum in eine „Erholungsphase“ – das Wort steht auch im Original in Anführungszeichen – und eine „Politisierung des Umweltschutzes“ zwischen 1978 und 1982 mündete. Dabei deutet ihrer Ansicht nach einiges auf die Schlüssel-funktion der zeitgleichen Umweltdebatte in den USA hin, die in der Folge „gleichsam importiert“ wurde. „Jedenfalls läßt sich die Entstehung der deutschen Umweltpolitik weder durch akute Krisen noch den Druck der öffentlichen Meinung erklären“, meint Müller; auch die Berichterstattung der Presse sei den Initiativen der Bundesregierung nicht vorausgegangen.⁵⁵ Auf dieser These baut auch die Dissertation von Hans-Peter Vierhaus auf, die schon im

⁵⁰ Michael Kloepfer, *Umweltrechtsentwicklungen in Deutschland nach 1945*, in: ders. (Hg.), *Schübe des Umweltbewußtseins und der Umweltrechtsentwicklung*, Bonn 1995, S. 91-131; S. 104.

⁵¹ Ebd., S. 108.

⁵² Ebd., S. 108f.

⁵³ Ebd., S. 109.

⁵⁴ Edda Müller, *Innenwelt der Umweltpolitik: Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation?*, Opladen 1986.

⁵⁵ Ebd., S. 53.

Titel von einem „Umweltbewußtsein von oben“ spricht.⁵⁶ Zwar scheint die Leitfrage dieser juristischen Arbeit historiographisch wenig ergiebig zu sein; dennoch sei sie hier erwähnt, da die schiere Möglichkeit dieser Leitfrage ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Genscher'sche Umweltpolitik wirft: Inwiefern ist es in einer Gesellschaft, die erklärtermaßen den Willen des Volkes als oberste Autorität staatlichen Handelns anerkannt, rechtlich vertretbar, mit staatlichen Mitteln die öffentliche Meinung zu beeinflussen und somit die Legitimationsgrundlage der eigenen Politik zu schaffen? Oder kürzer: Verstieß Genschers Initiative gegen das Verfassungsgebot demokratischer Willensbildung?

Zur Genese der sozialliberalen Umweltpolitik liegt neuerdings die Kieler Dissertation des Salewski-Schülers Kai Hünemörder vor, die sich auf die Zeit zwischen 1950 und 1973 unter besonderer Berücksichtigung des Bundeslands Nordrhein-Westfalen konzentriert. Hünemörder schildert, wie zwar schon in den 1950er und 1960er Jahren Bestrebungen zur Verbesserung der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und des Naturschutzes existierten, diese aber zunächst noch ohne innere Verbindung miteinander bestanden. Diese Verbindungen wurden erst mit der „umweltpolitischen Wende“ im Zuge der sozialliberalen Regierungsbildung hergestellt. Erfreulich ist dabei die Berücksichtigung des internationalen Zusammenhangs der bundesdeutschen Umweltdebatte und vor allem eine ausführliche Würdigung der Impulse aus den USA; der UN-Umweltkonferenz in Stockholm ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Insgesamt ist damit ein wichtiger Beitrag für das Verständnis der Genese der bundesdeutschen Umweltpolitik und Umweltbewegung entstanden.⁵⁷

Erstaunlich umfangreich ist dabei das Kapitel zum Umgang mit Umweltrisiken zwischen 1945 und 1970, das allein ein Viertel des Manuskripts umfasst. Allerdings wecken die dort versammelten Fakten zugleich – und im Gegensatz zu den Intentionen des Verfassers – Zweifel am Umfang behaupteten „umweltpolitischen Wende“. Gewiss war der Stand der Luftreinhaltung um 1960 noch weit von den späteren Idealen entfernt. Aber wenn Vertreter der Mineralölindustrie bereits 1959 den Vorsitzenden der VDI-Kommission „Reinhaltung der Luft“ mit markigen Äußerungen unter Druck zu setzen versuchten, dann scheint da doch einiges in Bewegung geraten zu sein.⁵⁸ Auch im Gewässerschutz war schon früh verstärktes Interesse zu erkennen: Nach zahlreichen Fischsterben formierte sich 1951 in Frankfurt die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz; Ende der 1950er Jahre wurde – gestützt auf die Thesen Alwin Seiferts, der in den 1930er Jahren eine entsprechende Debatte initiiert hatte – neuerliche Warnungen vor einer „Versteppung“ Deutschlands laut.⁵⁹ Schon

⁵⁶ Hans-Peter Vierhaus, *Umweltbewußtsein von oben. Zum Verfassungsgebot demokratischer Willensbildung*, Berlin 1994.

⁵⁷ Kai F. Hünemörder, *Die Frühwahrnehmung der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik*, Diss. Universität Kiel 2001 (erscheint voraussichtlich Stuttgart 2003).

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 59.

⁵⁹ Ebd., S. 90f.

1954 findet sich von einem Naturschützer die Warnung, die „zunehmende Entwaldung“ des Ruhrgebiets drohe „zu einer Katastrophe zu werden.“⁶⁰ Zwar ist der Aufschwung des Themas um 1970 unverkennbar und von Hünemörder überzeugend belegt, nur stellt sich die Frage, ob die Vorgeschichte der „umweltpolitischen Wende“ im Lichte der folgenden Ereignisse nicht zu schlecht wegkommt. Hünemörder unterscheidet zwischen der „Zeit der technischen Lösungsansätze“ vor 1970 und „integrierten Wahrnehmungen“ der Problematik – eine Differenzierung, die zumindest zweifelhaft ist; auch die heutige Umweltpolitik basiert, von der Entschwefelung in Großkraftwerken bis zum Katalysator, ganz wesentlich auf der Anwendung technischer Mittel. Hünemörder kritisiert, dass „den frühen planerischen Initiativen zu einer ganzheitlichen Betrachtungsweise bis in die 1970er Jahre die Einbeziehung der Ökologie“ fehlte⁶¹ – obwohl sich bei der Lektüre vieler Texte der Eindruck aufdrängt, dass unter dem Rubrum „Ökologie“ nur neuer Wein in alten Schläuchen verkauft wird. Gerade Hünemörders Arbeit zeigt, dass in der Politikformierung schon vor 1970 vieles in Gang war, und vielleicht steckte ja gerade darin ein Dilemma der Genscher'schen „Umweltpolitik“. Sie setzte offenbar zu einem Zeitpunkt ein, als zentrale Weichenstellungen längst erfolgt waren, so dass sich eine fatale Alternative präsentierte: entweder radikale Reformen mit ungewissem Ausgang – oder eine Stärkung der vorhandenen Politiken. Insgesamt gesehen dominierte wohl letzteres. Das Bundesimmissionsschutzgesetz von 1974, von Hünemörder zu den „zukunftsweisenden Gesetzen“ gerechnet⁶², war tatsächlich nicht mehr als eine Kodifikation des in progressiveren Bundesländern bereits erreichten juristischen Status quo.⁶³

Dabei sei betont, dass sich diese Kritik nicht ausschließlich gegen Hünemörder richtet. Vielmehr handelt es sich um ein Grundproblem des hiesigen Themenfeldes: Es fehlt bislang ein Begriff für die Politiken und Praktiken *vor* der ökologischen Wende. Stets wird diese Zeit im Lichte des „Noch-Nicht-Umweltbewegung-Seins“ gesehen, was zwangsläufig eine eingeschränkte (und a priori negative) Perspektive darstellt. Hier wäre zunächst eine Klärung erforderlich: Inwiefern handelt es sich bei den 1950ern und 1960ern um eine vorbereitende Phase der sozialliberalen Reformpolitik, und wie ändert dies den Blick auf das, was später „Umweltpolitik“ hieß? Oder sollte man von vornherein ausblenden, was nach 1970 geschah und die Nachkriegsjahrzehnte vielmehr als eine eigene Epoche betrachten, mit eigenen Aktionsformen und Politikmustern?

Die Bedeutung dieser Fragen wird auch unterstrichen durch eine kürzlich erschienene Monographie Monika Bergmeiers, die am Beispiel Bayerns eine

⁶⁰ Ebd., S. 37.

⁶¹ Ebd., S. 72.

⁶² Ebd., S. 396.

⁶³ Vgl. Uekötter, Rauchplage.

„Umweltgeschichte der Boomjahre 1949-1973“ intendiert.⁶⁴ Dabei teilt sich die Darstellung in zwei große Teile. Zum einen wird unter Rückgriff auf die Debatten im Landtag und seinen Ausschüssen über umweltrelevante Gesetze der „politisch-rechtliche Rahmen“ umrissen, zum anderen geht es um Analysen zentraler Konfliktfelder. Beeindruckend ist dabei die Bandbreite der Themen: Es geht um den Ausbau der Wasserkraft, um die Emissionen gewerblicher Anlagen, um Atomkraftwerke, konventionelle Kraftwerke und Überlandleitungen, um die Verschmutzung der Gewässer und um Pflanzenschutz- und Düngemittel. Vor allem die Gewässerverschmutzung präsentiert sich dabei als ein intensiv diskutiertes Thema, aber auch in den übrigen Bereichen war schon früh erstaunlich viel in Bewegung. Zum Teil mag dies an den Besonderheiten des Einzelfalls liegen: „Das Ziel, Bayern als Tourismusland, als Land von besonderer landschaftlicher Schönheit mit hohem Freizeitwert, aufzubauen, hat eine auf den Schutz der Umwelt gerichtete Politik in mancher Hinsicht begünstigt – oder vorsichtiger formuliert: zumindest Schlimmeres verhindert.“⁶⁵ Trotzdem ist bemerkenswert, dass sie im Bewusstsein der Zeitgenossen letztlich ein recht geringes Hindernisse sieht: „Ökologische Probleme waren in ihren Grunddimensionen in den 1950er und 1960er Jahren durchaus erkannt“, schreibt Bergmeier; gleiches galt für die Erkenntnis, dass die Bekämpfung dieser Probleme „Teil der tradierten Schutzfunktion des Staates“ war.⁶⁶ Aus diesem Blickwinkel präsentiert sich die Zeit um 1970 keineswegs als Phase einer „aktiven Politikgestaltung“, wie sie von den erwähnten Autoren behauptet worden war: „Inhaltliche Neuansätze sind in der Politik kaum zu erkennen.“ Darüber dürfe auch die Gründung des ersten deutschen Umweltministeriums im Freistaat nicht hinwegtäuschen.⁶⁷

Kontrovers sei es in Sachen Umweltschutz erst dann geworden, wenn es um die Frage ging, was aus dem vorhandenen Problembewusstsein zu folgern war. „Die Umweltgeschichte der Wirtschaftswunder- und Boomjahre ist nicht die Geschichte eines fehlenden ökologischen Wissens oder mangelnden Umweltbewusstseins, es ist die Geschichte einer durchaus bewussten Verhinderung ökologisch orientierter Politik. Umweltschutzpolitik um 1970 war nicht gewollt, sie entstand, weil sie nicht mehr länger verhindert werden konnte“, schreibt Bergmeier pointiert.⁶⁸ Darüber ließe sich streiten. Kann man Problembewusstsein und Änderungswunsch tatsächlich so weit voneinander trennen, wie Bergmeier annimmt? Und wie verhält sich diese These zu der ebenfalls von Bergmeier hervorgehobenen Vorreiterrolle von „Politik und Verwaltung“ in den 1950ern und 1960ern?⁶⁹ Überhaupt ist die Interpretation nicht selten

⁶⁴ Monika Bergmeier, *Umweltgeschichte der Boomjahre 1949-1973. Das Beispiel Bayern*, Münster u.a. 2002.

⁶⁵ Ebd., S. 256.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd., S. 258.

⁶⁸ Ebd., S. 277.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 271.

unbefriedigend: Statt nüchtern nach Verantwortlichkeiten und Alternativen zu fragen, verwendet sie viel Energie auf den Nachweis von Defiziten, obwohl diese zumeist unschwer zu erkennen sind. Vielleicht hätte die Arbeit an analytischer Schärfe gewonnen, wenn sich Bergmeier nicht gleich zu Anfang zum „Leitbild einer ‚dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung‘“ bekannt hätte.⁷⁰ Eine solche Werthaltung lässt zwar die Mängel zeitgenössischer Verfahrensweisen deutlich hervortreten, marginalisiert aber zugleich das immerhin schon Erreichte. Eine Extraportion Historismus hätte Bergmeier, ebenso wie übrigens Hünemörder, gewiss nicht geschadet.

Zur Umweltbewegungsgeschichte der DDR liegt seit einiger Zeit Regine Austers Untersuchung über die „Landschaftstage“ vor.⁷¹ Diese Landschaftstage erscheinen dabei als Forum für vielfältige und erstaunlich freimütige Debatten. Auch Renommierprojekte der FDJ wurden von der Kritik nicht ausgenommen wie etwa das Obstanbaugebiet Werder an der Havel, und brisante Umweltthemen wie das „Waldsterben“ war ebenfalls nicht tabu, obwohl der Begriff selbst nicht verwendet werden durfte.⁷² Manches erinnert an Douglas Weiners Diktum der „little corner of freedom“ über den russischen Naturschutz.⁷³ Insgesamt gewinnt Auster anhand der Landschaftstage den Eindruck, „daß es in den 80er Jahren einen erheblichen Aufschwung des Umweltengagements in der DDR gab.“⁷⁴ Die politischen Folgen der Debatten thematisiert Auster allerdings nicht, und das bleibt bei allen interessanten Befunden doch ein erhebliches Manko. So hängt das Vorwort Hermann Behrens doch etwas in der Luft: Waren die Landschaftstage tatsächlich „eine frühe Form ‚kooperativer Planung‘, eine frühe Form der ‚Umweltmeditation‘, ein frühes Beispiel für die ‚Zukunftsaufgabe Moderation‘ und für ‚Kommunikation‘ unter Planungsträgern und -betroffenen“?⁷⁵ Das hätte nicht zuletzt deshalb eine nähere Klärung verdient, weil Behrens sein Lob der Landschaftstage zum Anlass nimmt für massive Vorwürfe an die westlichen Naturschützer: „Die Naturschützer im Westen müssen sich heute kritisch fragen lassen, ob sie die vielfältigen engagierten Bemühungen der ehrenamtlichen Naturschützer der früheren DDR ausreichend unterstützt haben und ob ihre eigene Naturschutzbilanz – etwa bei den Großschutzgebieten – angesichts der grundsätzlich hervorragenden politischen, gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten nicht geradezu kläglich zu nennen sind.“⁷⁶

⁷⁰ Ebd., S. 17.

⁷¹ Regine Auster, Landschaftstage. Kooperative Planungsentwicklung in der Landschaftsentwicklung: Erfahrungen aus der DDR, Marburg 1996.

⁷² Ebd., S. 55, 59.

⁷³ Douglas R. Weiner, A Little Corner of Freedom. Russian Nature Protection from Stalin to Gorbachëv, Berkeley u.a. 1999.

⁷⁴ Auster, Landschaftstage, S. 109.

⁷⁵ Hermann Behrens, Landschaftstage – ein innovatives Element der DDR-Gesellschaft? Zur vorliegenden Studie, in: Auster, Landschaftstage, S. 7-13; S. 7.

⁷⁶ Ebd., S. 10.

Auch wenn man die Frustration der Autoren über ein öffentliches Geschichtsbild, in dem die DDR vor allem aus SED und Stasi zu bestehen scheint, gewiss verstehen kann, so sollte dies jedoch keineswegs dazu führen, diese Themen von vornherein auszublenden. Wesentlich realistischer wirkt da ein schmales Bändchen, das 1999 von der Ökologischen Arbeitsgruppe beim Evangelischen Kirchenkreis Halle mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt herausgegeben wurde. *Das Phantom* lautet die Schilderung der Aktivitäten gegen die Asphaltierung von Heidewegen im Haller Stadtforst „Dörlauer Heide“ im Januar 1988. Das scheint in Anbetracht der übrigen Umweltprobleme der DDR ein recht marginales Thema zu sein, aber im zeitgenössischen Kontext galten hier andere Maßstäbe. Da die Asphaltierung geltendem DDR-Recht widersprach, konnten sich die Mitglieder der Ökologischen Arbeitsgruppe Halle „einigermaßen sicher fühlen und trotzdem etwas tun, vollkommen im Rahmen der Legalität.“⁷⁷ Die Darstellung lässt die prekäre Situation jedes ökologischen Protests unter den Bedingungen der DDR erkennen, die zwischen ausgestreckter Hand und Oppositionsgestus hin- und herpendelte und beständig am Rande der Strafbarkeit balancierte. So startete die Arbeitsgruppe zum Beispiel eine Unterschriftensammlung, obwohl dies ohne staatliche Genehmigung als „Zusammenrottung“ gewertet werden konnte; derlei wurde in der Gruppe als „tragbares Risiko“ bewertet.⁷⁸ So entsteht ganz nebenbei auch ein interessantes Bild der Befindlichkeit in ökologisch bewegten Zirkeln der DDR: Es ging, da der Protest gegen die ökologischen Probleme in ihrer Gesamtheit nicht zu führen war, um „Nadelstiche“ gegen die „Obrigkeit“ – „wenn schon nicht ins Herz, dann wenigstens ins Sitzfleisch.“⁷⁹

Vor allem verdient Lob, dass der selbst am Protest beteiligte Autor sich nicht scheut, auch die eigenen Vorstellungen der Gruppe kritisch zu reflektieren: „Was haben wir alles gedacht über die Hintermänner dieser ‚Aktion‘, die strategischen Absichten, ob nun von sowjetischer Seite (wegen der Heidekaserne) oder von DDR-deutscher Seite (wegen eines Munitionslagers der [Nationalen Volksarmee] in der westlichen Heide“), schreibt Berg.⁸⁰ Darauf spielt auch der Titel an: „Das Phantom war in den Köpfen“ – wohlgemerkt jenen der Protestierenden!⁸¹

Geradezu aberwitzig erscheint da der wirkliche Grund der Asphaltierungsaktion: Der Forstverwaltung war für den Bau einer Straße im Kreis Quedlinburg eine bestimmte Menge Bitumen zugeteilt worden, das liefernde Kombinat fürchtete jedoch das Erkalten des Materials im Winter und fragte nach, ob nicht

⁷⁷ Wieland Berg, *Das Phantom. Die Aktivitäten der Ökologischen Arbeitsgruppe (ÖAG) Halle gegen die Asphaltierung der Heidewege 1988 und die Reaktion des MfS, Halle 1999*, S. 10.

⁷⁸ Ebd., S. 16f.

⁷⁹ Ebd., S. 58.

⁸⁰ Ebd., S. 8.

⁸¹ Ebd.

in der Nähe von Halle Bedarf an Asphaltierung bestand – und in der Mangelwirtschaft der DDR ließ man eben eine einmal zugeteilte Menge Bitumen nicht ungenutzt.⁸²

Schlussbemerkung

Das 1988 erschienene Buch *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung* behandelt die Konflikte um vier technische Großprojekte: das Flusskraftwerk in Laufenburg im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, das Walchenseekraftwerk in den 1920er Jahren, das Atomkraftwerk von Wyhl und die Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage.⁸³ Würde das Buch heute erneut konzipiert, dann würden die Herausgeber vermutlich auch ein Fallbeispiel aus den 1950er oder 1960er Jahren in den Band aufnehmen. Inzwischen ist schließlich klar geworden, dass diese beiden Jahrzehnte keineswegs jene stiefmütterliche Beachtung verdienen, die ihnen in der umwelthistorischen Forschung lange zuteil geworden ist. Und damit ist auch in zunehmendem Maße zweifelhaft, ob das Jahr 1970 tatsächlich eine radikale Zäsur markierte. Gewiss wäre ein Abgesang auf die ökologische Wende verfrüht und wohl auch empirisch nicht befriedigend zu belegen; aber es zeigt sich doch, dass das Bild einer „Latenz-Phase“ (Erz) auf einer zumindest unvollständigen Wissensgrundlage gezeichnet wurde. Das Verdikt über die Zeit vor der vielgerühmten „ökologischen Wende“ wurde gefällt, bevor man ein klares Bild von den Entwicklungen und Ereignissen der Nachkriegszeit hatte. Deutlich prägte die Perspektive des „Noch-Nicht-Umweltbewegung-Seins“ den historiographischen Blick, so dass andere, weniger spektakuläre Formen des Bewusstseins für die Gefährdungen von Mensch und Umwelt marginalisiert wurden. Der Blick über die Epochenschwelle hinweg wird für zukünftige Arbeiten schon deshalb unverzichtbar sein, weil man die Bedeutung einer Epochenschwelle naturgemäß nicht bewerten kann, wenn man nicht weiß, was vor ihr geschah.

Zugleich hat dieser Literaturbericht aber auch gezeigt, dass eine neue Bewertung der 1950er und 1960er Jahre in der umwelthistorischen Literatur bislang nur bruchstückhaft zu erkennen ist. Nachdem das analytische Potential des „1950er Syndroms“ ausgereizt scheint, hat sich in den vorgestellten Arbeiten keine neue Leitthese ergeben, an der sich eine Diskussion orientieren könnte; eine gewisse Unübersichtlichkeit ist folglich der dominierende Charakterzug der vorhandenen Literatur. Deshalb sei abschließend unter Rückgriff auf zwei Arbeiten des Berichterstatters ein möglicher Ansatz zu einer solchen Leitthese erwähnt. Zum einen regt er an, schärfer zwischen einer universellen „Öffentlichkeit“ als umfassender Kategorie und separaten „Teilöffentlichkeiten“ zu

⁸² Ebd., S. 57.

⁸³ Ulrich Linse, Reinhard Falter, Dieter Rucht, Winfried Kretschmer, *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte*, Berlin und Bonn 1988.

unterscheiden.⁸⁴ In einer Monographie über den nordrhein-westfälischen Naturschutz wies er darauf hin, dass Naturschutz sich sehr unterschiedlich präsentiert, je nachdem, ob er als populäres Ideal einer breiten Öffentlichkeit oder als „issue“ innerhalb des kommunikativen Netzwerks von staatlicher Verwaltung, ehrenamtlichem Beauftragtenwesen und Verbänden diskutiert wurde.⁸⁵ Zum anderen hat der Berichtersteller darauf hingewiesen, dass in der bundesdeutschen Luftreinhaltung schon in den 1950er Jahren der Weg einer inkrementellen Reformierung eingeschlagen wurde, wobei die vor allem über die Medien transportierte öffentliche Meinung eine Schlüsselfunktion besaß; die spätere ökologische Rhetorik lief in politischer Beziehung lediglich auf eine Affirmierung bereits eingeschlagener Entwicklungspfade hinaus.⁸⁶ Hier deutet sich m.E. ein Analyseraster an, das – eine Fortsetzung der geschilderten Forschungsdynamik vorausgesetzt – in den kommenden Jahre zu einer neuen Gesamtbewertung der 1950er und 1960er Jahre führen könnte, die diese Epoche weder in simple Teleologien zwängt, noch die Reformen der 1970er Jahre durch den Verweis auf die angebliche Erfolglosigkeit früherer Bemühungen noch einmal nachträglich zu legitimieren trachtet. Ob dies tatsächlich so ist, werden allerdings andere entscheiden müssen.

⁸⁴ Vgl. dazu allgemein Karl Christian Führer, Knut Hickethier, Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 1-38; S. 11.

⁸⁵ Frank Uekötter, Die stille Macht. Fallstudien zur Geschichte des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945-1980 (erscheint voraussichtlich 2003).

⁸⁶ Vgl. Uekötter, Rauchplage.